

1 **Sozialdemokratische Partei Deutschlands**
2 **Unterbezirk Ennepe-Ruhr**
3 **Unterbezirksparteitag der SPD Ennepe-Ruhr am**
4 **25. Juni 2016**

Seite: 1

1 Antrags-Nr.: 1

2

3 Antragsteller: Unterbezirksvorstand

4

5 **Deutschland: gerechter!**

6

7 Die Politik der letzten Jahre und Jahrzehnte hat dazu geführt,
8 dass unsere Gesellschaft ungerechter geworden ist. Ob im
9 Hinblick auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen, die
10 Chancen zum sozialen Aufstieg durch Bildung oder die
11 Partizipationsmöglichkeiten aller sozialen Schichten an der
12 Zivilgesellschaft, in jedem Bereich des öffentlichen Lebens hat die
13 Ungleichheit sowie die räumliche Trennung von armen und
14 reichen Bevölkerungsgruppen (Segregation) zugenommen,
15 sowohl in der subjektiven Wahrnehmung der Bürgerinnen und
16 Bürger als auch mit Blick auf die objektiv messbaren Kennzahlen.
17 Die SPD muss wieder Vorreiter sein, um eine gerechtere
18 Gesellschaft zu bauen, in der die Kluft zwischen Arm und Reich
19 wieder verringert wird anstatt immer weiter auseinander zu driften,
20 in der Kinder nicht nach den Abschlüssen oder Finanzen ihrer
21 Eltern beurteilt und gefördert werden, sondern nach ihren eigenen
22 Talenten und in der es eine breite Mittelschicht mit
23 Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen gibt, anstatt eine immer
24 tiefer gespaltene Gesellschaft mit einem verfestigten Bodensatz
25 komplett abgehängter Schichten.

26 Dazu müssen endlich wirkungsvolle Maßnahmen in allen Feldern
27 politischen Handelns ergriffen werden, die geeignet sind, diese
28 seit Ende der 1990er Jahre anhaltende Fehlentwicklung
29 umzukehren. Zentrale Botschaft der SPD im
30 Bundestagswahlkampf 2017 und Grundbedingung für eine
31 spätere eventuelle Regierungsbeteiligung muss die Umsetzung
32 einer gerechteren, gleicheren und gemeinwohlorientierteren
33 Gesellschaftsordnung sein.

34 Politische Aktionen, die auf die Verringerung des Unterschiedes
35 zwischen Arm und Reich abzielen, sind außerdem in der
36 Bevölkerung dringend gewünscht. In einer aktuellen Studie im
37 Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung („Wachsende Ungleichheit als
38 Gefahr für nachhaltiges Wachstum“) werden Maßnahmen wie
39 steuerliche Entlastung von niedriger bzw. steuerlicher
40 Mehrbelastung von hohen Einkommen und Vermögen mit
41 Zustimmungswerten von deutlich über 70 Prozent geführt. Dies

42 gilt, mit Variationen auf hohem Niveau, für sämtliche Bildungs-
43 und auch Einkommensgruppen, sodass auch die
44 einkommensstärksten Befragten zu gut 70 Prozent höhere
45 Steuern auf ihr eigenes Einkommen befürworten.

46

47 **Das läuft falsch in Deutschland**

48 Führende Soziologen wie der Darmstädter Elitenforscher Michael
49 Hartmann warnen bereits seit Jahren vor der ständig
50 zunehmenden Absetzbewegung nicht nur der wirtschaftlichen
51 Eliten des Landes. In seinen Untersuchungen konnte der
52 Sozialwissenschaftler wiederholt zeigen, dass sich Eliten gerade
53 in der Wirtschaft – aber auch in Verwaltung, Medien oder Justiz –
54 immer wieder selbst reproduzieren. Die Chefs von heute sind also
55 meist die Kinder der Chefs von gestern. Dies belegen die
56 zahlreichen Untersuchungen des Soziologen auch quantitativ: in einer
57 vergleichenden Untersuchung des Karrierewegs von 6.500
58 Promovierten der Rechts- Wirtschafts- und
59 Ingenieurwissenschaften konnte er zeigen, dass die Chancen auf
60 einen Chefposten in hohem Maße von der sozialen Herkunft der
61 Doktoren (also der Inhaber des höchsten Bildungsabschlusses in
62 Deutschland) abhängen. Von den Promovierten aus der
63 Arbeiterklasse und der Mittelschicht hat es nur ungefähr jeder
64 Elfte bis in die Chefetage geschafft. Bei einer sozialen Herkunft
65 aus dem gehobenen Bürgertum jeder Achte. Und wer aus dem
66 Großbürgertum stammt, hat bereits eine Chance von eins zu vier,
67 einmal Chef zu werden. Ebenfalls zeigen Hartmanns
68 Untersuchungen, dass gerade dieser regelrecht „vererbte“
69 Elitenstatus, der mit der frühen Gewöhnung an Reichtum und
70 Einfluss einhergeht, eine weitere Segregation der Gesellschaft
71 nach sich zieht. Während heutige Firmeninhaber, Geschäftsführer
72 oder Vorstände, die aus dem Großbürgertum stammen und somit
73 bereits als Kinder großen Reichtum erlebt haben, zu fast drei
74 Vierteln eine Abneigung gegen höhere Steuern zur solidarischen
75 Finanzierung des Gemeinwesens in Deutschland haben,
76 befürworten mehr als die Hälfte solcher „Eliten“, die in
77 Arbeiterfamilien oder der Mittelschicht herangewachsen sind,
78 höhere Steuern im Gegenzug für ein ausgeglicheneres
79 Sozialsystem.

80

81

82 Seit einiger Zeit stimmen in diesen Kanon nicht nur andere
83 Sozialwissenschaftler mit ein, sondern auch immer mehr
84 Ökonomen konstatieren eine frappierende Ungerechtigkeit in
85 Deutschland und warnen teils vehement vor den
86 gesellschaftlichen Verwerfungen, die die Folge davon sein
87 können. Marcel Fratzscher, Direktor des Deutschen Instituts für
88 Wirtschaft, schlägt in seinem aktuellen Buch drastisch Alarm
89 indem er feststellt, dass kaum ein anderes industrialisiertes Land
90 eine so geringe Chancengleichheit aufweist wie Deutschland. So
91 hat ein Arbeiterkind je nach Bundesland eine bis zu sechsmal
92 geringere Chance auf das Abitur als das Kind eines Beamten.
93 Und trotz der weitgehenden Abschaffung von Studiengebühren in
94 ganz Deutschland hängt der erfolgreiche Abschluss eines
95 Studiums heute so stark wie nie zuvor vom Geldbeutel der Eltern
96 ab. Dass dieser sehr ungleichmäßig gefüllt ist, zeigen die
97 aktuellen Zahlen des OECD-Sozialberichtes für das Jahr 2015.
98 Demnach besitzen die reichsten 10 Prozent der deutschen
99 Haushalte 60 Prozent des Nettovermögens, wohingegen die
100 gesamte ärmere Hälfte praktisch kein Vermögen ihr Eigen nennt.
101 Erstmals konnte hier auch belegt werden, dass eine wachsende
102 ökonomische Ungleichheit die wirtschaftliche Entwicklung eines
103 Landes nachhaltig beeinträchtigt. Die OECD beziffert das
104 Wachstumsdefizit aufgrund der großen Schere zwischen Arm und
105 Reich in Deutschland auf 4,7 Prozent zwischen 1990 und 2010.
106 Anders ausgedrückt: das deutsche Sozialprodukt könnte heute
107 um rund 83 Mrd. US-Dollar pro Jahr höher sein, hätte unsere
108 Volkswirtschaft nicht mit den schädlichen Nebenwirkungen der
109 immer größeren Ungleichheit zwischen Arm und Reich zu
110 kämpfen.

111 Um eine dauerhaft funktionierende, gerechte und prosperierende
112 Gesellschaft zu erhalten, müssen demnach vier Kernprobleme
113 überwunden werden:

114

- 115 1. Die Ungleichheit sowohl beim Einkommen als auch bei
116 den Vermögen muss effektiv verringert werden.
- 117 2. Die starke Anhängigkeit des Bildungswesens vom
118 Bildungsstand bzw. sozialem und ökonomischen Status
119 der Eltern muss aufgebrochen werden.

120

121 3. Die Durchlässigkeit der deutschen Gesellschaft, also der
122 Chancen für einen sozialen Aufstieg in allen Bereichen des
123 öffentlichen Lebens, muss erhöht werden, so dass sich
124 Eliten nicht automatisch selbst reproduzieren, sondern
125 Führungspositionen in der Gesellschaft nach Leistung
126 vergeben werden.

127 4. Eine derzeit vorhandene, weitgehend verfestigten
128 Bevölkerungsschicht, die praktisch von allen Bereichen
129 des sozialen Lebens abgehängt ist und deren Kinder nur
130 eine minimale Chance auf einen Aufstieg haben, muss
131 wieder an die Mitte der Gesellschaft herangeführt werden.

132

133 **Deutschland: gerechter – aber wie?**

134 In Deutschland wie auch den meisten anderen Ländern Europas
135 ist die Sozialdemokratie diesen drängenden Problemen lange Zeit
136 aus dem Weg gegangen, hat sie ignoriert oder durch eigenes
137 Regierungshandeln sogar noch befördert. Dies hat zu einem
138 tiefen Misstrauen bzw. zu einer grundlegenden Gleichgültigkeit
139 der Menschen gegenüber sozialdemokratischen Parteien in
140 Europa im Allgemeinen und der SPD im Besonderen geführt. Der
141 SPD wird schlicht nicht mehr zugetraut, etwas gegen soziale
142 Ungleichheit oder Ungerechtigkeit innerhalb der Zivilgesellschaft
143 unternehmen zu wollen, geschweige denn diesen Willen – so er
144 denn überhaupt für bare Münze genommen wird – in die Tat, also
145 aktives Regierungshandeln, umzusetzen.

146 Die Wirkmacht von Politik, besonders sozialdemokratischer
147 Politik, ist damit grundsätzlich in Frage gestellt. Daher müssen wir
148 mit umso entschlosseneren Maßnahmen und umfassenden
149 Handlungskonzepten das Primat der Politik im Hinblick auf die
150 grundlegende Organisation bzw. das Funktionieren unserer
151 Gesellschaft durchsetzen. Nur durch tiefgreifende Umsteuerungen
152 in der Sozial- und Fiskalpolitik kann es gelingen, eine weitere
153 Segregation unserer Gesellschaft in Reich und Arm, privilegiert
154 und abgehängt, gebildet und aussortiert zu verhindern bzw.
155 wieder zu einer stärker mittenzentrierten Gesellschaftsordnung zu
156 kommen. Ein bloßes Justieren einzelner Stellschrauben ist nicht
157 mehr ausreichend dazu, es müssen vielmehr grundlegende

158 Reformen im Sozial- und Steuerrecht dafür sorgen, dass
159 Deutschland wieder ein Land der Aufsteiger wird anstatt ein
160 Tummelplatz althergebrachter Geldeliten und marktradikaler
161 Globalisierungsgewinner zu sein.

162 Ein derartiger Umbau geht daher zwangsläufig mit einer deutlich
163 stärkeren Umverteilung von Einkommen und Vermögen einher,
164 die einerseits die fiskalischen Fehlentwicklungen der letzten
165 beiden Jahrzehnte korrigiert und andererseits dadurch die Mittel
166 bereit stellt, in eine Zukunft der Talente zu investieren anstatt eine
167 Gegenwart der Privilegien zu zementieren. Dies bedeutet im
168 Einzelnen:

169

170 1. Die Progressionsstufen der Einkommensteuer müssen
171 ausgebaut werden. Der derzeitige reguläre
172 Spitzensteuersatz von 42 Prozent wird bereits ab einem
173 jährlichen Einkommen von 53.666 Euro fällig, was z. B.
174 dem Gehalt eines erfahrenen Facharbeiters in Industrie-
175 oder Automobil-Betrieben entspricht. Eine weitere
176 Progressionsstufe („Reichensteuer“, 45 Prozent) wird erst
177 ab einem Einkommen von mehr als einer Viertelmillion
178 Euro fällig. Hier besteht somit Korrekturbedarf: Der
179 reguläre Spitzensteuersatz kann nicht bereits für einen
180 Facharbeiter greifen, es müssen also weitere
181 Progressionsstufen in den Einkommensteuertarif
182 eingezogen werden. Die sog. „Reichensteuer“ ab einer
183 Viertelmillion Euro Jahreseinkommen ist dann
184 entsprechend mit einem Steuersatz von deutlich über 50
185 Prozent anzusetzen. Die so gewonnenen Einkünfte durch
186 die stärkere Besteuerung hoher Einkommen sollten
187 insbesondere verwendet werden, um Ungerechtigkeiten
188 des Einkommensteuertarifs wie den bekannten
189 „Mittelstandsbauch“, also die überproportional starke
190 Zunahme des Steuersatzes für bestimmte
191 Einkommensgruppen, zu korrigieren.

192

193 2. Die seit dem Jahr 1997 ausgesetzte Vermögenssteuer
194 muss als Mittel der Umverteilung wieder erhoben werden.
195 Die dazu getroffene Entscheidung des

196 Bundesverfassungsgerichtes erlaubt ausdrücklich die
197 Besteuerung von Vermögen, sofern sie regelmäßig aus
198 den zu erwartenden Erträgen („Sollerträgen“) des
199 Vermögens bestritten werden kann. Dies schließt explizit
200 auch einen gewissen Grad an Substanzbesteuerung ein,
201 sofern dies nur temporär, etwa während einer
202 Wirtschaftskrise, der Fall ist. Da das Anhäufen großer
203 Geldvermögen – im Gegensatz zu etwa dem Aufbau eines
204 Betriebsvermögens – nicht dem wirtschaftlichen
205 Wohlergehen einer Volkswirtschaft dienlich ist, die im
206 Gegenteil auf die Zirkulation von Geldmitteln angewiesen
207 ist, darf der bloße Erwerb und langfristige Besitz von
208 Reichtum auch gesellschaftlich nicht das akzeptierte Maß
209 für Ansehen und Einfluss sein. Es ist daher nur folgerichtig,
210 wenn große Vermögen mit einer Steuer belegt werden, die
211 im Zweifel auch so hoch ist, dass die Vermögenssubstanz
212 bei bloßer Verwaltungstätigkeit abschmilzt. Die dadurch
213 entstehende Umverteilung trägt wiederum zum
214 volkswirtschaftlichen Wachstum bei.

215

216 3. Eine Sonderstellung in der Diskussion um
217 Vermögenseinkünfte nimmt regelmäßig die von Peer
218 Steinbrück eingeführte pauschale Abgeltungssteuer auf
219 Kapitalerträge in Höhe von 25 Prozent ein. Bei ihrer
220 Einführung vor ca. zehn Jahren war dies ein Versuch,
221 Steuerbetrug durch Verlagerung von Kapital ins Ausland
222 einzudämmen. Da jedoch in den vergangenen Jahren
223 wesentliche Fortschritte beim automatischen Austausch
224 von Steuerdaten mit vielen als „Steuroasen“ geltenden
225 Ländern wie etwa Österreich, der Schweiz und Luxemburg
226 gemacht wurden, ist dieses Instrument nicht mehr
227 zeitgemäß. Eine Abschaffung der pauschalen Besteuerung
228 von Kapitalerträgen – mutmaßlich weit unter dem
229 typischen Satz des Steuerpflichtigen für Einkommen etwa
230 aus Erwerbsarbeit – ist somit zwingend geboten. Es sollten
231 vielmehr die Steuersätze des regulären
232 Einkommensteuertarifes auch für Kapitalerträge
233 Anwendung finden.

234

235

236

237

4. Die immer weiter voranschreitende Globalisierung hält neben vielen anderen auch Herausforderungen für das Steuerrecht bereit. Insbesondere eröffnen sich multinational operierenden Unternehmen Möglichkeiten, Gewinne aus ihrer Tätigkeit in Hochsteuer-Ländern in solche Länder mit deutlich niedrigeren – oft auch gar keinen – Steuern auf bestimmte Arten von Gewinnen zu verlagern. Dieses Finanzgebaren großer Konzerne ist nicht nur ein Problem für die Haushalte von Ländern wie Deutschland (hier gehen dem Fiskus durch „Steuroptimierung“ nach Schätzungen des DIW jährlich 30 Mrd. Euro verloren), es stellt auch eine enorme Lücke im Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger dar und ist ein unlauterer Wettbewerbsvorteil gegenüber mittelständischen Unternehmen, die diese ausufernden Möglichkeiten zur Steuergestaltung nicht nutzen können oder auch wollen. Daher sind neben nationaler Gesetzgebung zwingend Initiativen auf europäischer Ebene und darüber hinaus notwendig, um Schlupflöcher effektiv zu schließen. Das Bekanntwerden der sogenannten „Panama-Papiere“ zeigt deutlich die Notwendigkeit einer solchen transnationalen Initiative für mehr Steuergerechtigkeit. Auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist dringend geboten.

238

239

240

241

242

243

244

245

246

247

248

249

250

251

252

253

254

255

256

257

258

259

260

261

262 **Erbschaftsteuer gerecht ausgestalten – Aufkommen erhöhen**
263 **und Arbeitsplätze erhalten**

264

265 Die Bundesregierung hat am 20. Juni 2016 einen Vorschlag
266 zur durch das Bundesverfassungsgericht geforderten
267 Reform der Erbschaftssteuer gemacht.

268 Diesen Vorschlag betrachten wir als unzureichend, denn die
269 vom BVerfG monierte übergebührlige Bevorzugung von
270 Firmenerben wird nicht hinreichend stringent geregelt
271 sondern unter dem pauschalen Verweis auf die Sicherung
272 von Arbeitsplätzen,

273

274 jedoch ohne jeden Beleg dafür, nur unwesentlich korrigiert.
275 Wir bitten die MdBs des Ennepe-Ruhr-Kreises daher
276 eindringlich, diesem faulen Kompromiss ihre Zustimmung im
277 Deutschen Bundestag zu versagen.

278 Wir fordern eine Reform der Erbschaftssteuer, die ihre
279 Funktion als Umverteilungsinstrument für leistungsloses
280 Einkommen und damit ihrem Anspruch als einer der
281 wichtigsten Ausgleichsmechanismen unserer Gesellschaft
282 gerecht wird. Für eine Novelle der Erbschaftssteuer müssen
283 daher folgende Punkte erfüllt werden:

- 284 • Die bisher geltenden Freibeträge für Verwandte in direkter
285 Linie sowie selbstgenutztes Wohneigentum entfallen.
286 Stattdessen wird ein Freibetrag von einer Million Euro pro
287 Erblasser festgeschrieben, der von diesem nach eigener
288 Entscheidung testamentarisch auf seine Erben ohne
289 Rücksicht auf etwaige verwandtschaftliche Verhältnisse
290 verteilt werden kann. Erfolgt dies nicht, so ist sämtliches
291 vererbtes Vermögen voll steuerpflichtig.
- 292 • Die großzügigen Ausnahmen von der Besteuerung für
293 vererbtes Betriebsvermögen müssen – entsprechend den
294 Vorgaben des BVerfG – stringenter geregelt werden.
295 Natürlich besitzt der Erhalt von Arbeitsplätzen für uns hohe
296 Priorität, jedoch darf er nicht als Totschlagargument
297 herhalten, um jegliche Besteuerung von Betriebsvermögen
298 zu verhindern. So fallen nach der aktuellen Regelung
299 lediglich für Unternehmen mit einem Wert jenseits von 26
300 Millionen Euro überhaupt Steuern an, das entspricht
301 gerade einmal zwei Prozent der Fälle. Hier kann die
302 Steuerbasis deutlich verbreitert werden, ohne Arbeitsplätze
303 zu gefährden. Ebenfalls könnten, stärker als heute,
304 Steuerzahlungen über mehrere Jahre gestreckt werden
305 anstatt in einer Summe eingefordert zu werden. So ist eine
306 gerechte Besteuerung bei gleichzeitigem wirtschaftlichem
307 Fortbestehen des vererbten Betriebs leichter realisierbar.
308 effektiv bekämpft werden.
- 309 • Auch gängige Missbrauchs-Modelle, bei denen etwa
310 private Wertgegenstände wie Immobilien,
311 Wertpapierdepots oder Sammlungen kurzerhand zum
312 Firmenvermögen hinzugezählt werden, um der
313 Besteuerung zu entgehen, müssen effektiv bekämpft
314 werden.

315

316 **Was wir erreichen wollen**

317 Die Mär vom „schlanken Staat“ ist endgültig entzaubert: Die
318 Entwicklung der deutschen Zivilgesellschaft über die letzten zwei
319 Jahrzehnte hinweg hat deutlich gemacht, dass eine immer
320 stärkere Selbstentmachtung von Politik und Staat, getrieben durch
321 eine neoliberale Ideologie von niedriger Staatsquote und von
322 Austerität, nicht zum Wohle des ganzen Volkes beiträgt, sondern
323 im Gegenteil nur einer kleinen, privilegierten Gruppe nützt
324 während ein immer größerer Bevölkerungs-Anteil aus der
325 Mehrheitsgesellschaft komplett ausgeschlossen wird.

326 Das durch die o.g. Maßnahmen zusätzlich zur Verfügung
327 stehendes Geld muss daher in die Stärkung staatlicher
328 Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit investiert werden. Diese
329 macht sich an drei zentralen Punkten fest:

- 330 • Wie wir das grundsätzliche Wohlergehen eines jeden
331 Einzelnen so weit absichern, dass die größten
332 Lebensrisiken durch einen funktionierenden Sozialstaat
333 generationenübergreifend aufgefangen werden und so
334 auch die Schwächsten einen Platz in der Mitte unserer
335 Gesellschaft haben.

- 336 • Wie wir unsere Kinder ausbilden, damit sie ein
337 selbstbestimmtes Leben nur geleitet durch ihre Talente,
338 nicht ihre Herkunft, führen können.

- 339 • Wie wir unser Land mit seinen Städten, Verkehrswegen
340 und Versorgungseinrichtungen erhalten und weiter
341 ausbauen anstatt „von der Substanz“ zu leben und so die
342 Zukunft bereits heute aufzuzehren.

- 343 • Wie wir Recht und Gesetz durchsetzen, sodass alle
344 Menschen in Deutschland sicher leben können und die
345 öffentliche Ordnung sowie die Justiz dauerhaft dem
346 Gerechtigkeitsempfinden der Menschen entspricht.

347
348 Deshalb müssen die folgenden Forderungen in das
349 Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 aufgenommen und
350 zu zentralen Bedingungen für etwaiges Regierungshandeln bis
351 2021 werden:

352

- 353 1. Die Progressionsstufen der Einkommensteuer müssen
354 ausgebaut werden um Ungerechtigkeiten im Steuersystem
355 zu korrigieren. Der reguläre Spitzendsatz darf nicht bereits
356 beim Gehalt eines erfahrenen Facharbeiters greifen, es
357 müssen weitere Stufen eingebaut werden. Die sog.
358 „Reichensteuer“ ab einer Viertelmillion Euro
359 Jahreseinkommen ist mit einem Steuersatz von deutlich
360 über 50 Prozent anzusetzen.
361
- 362 2. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer als Mittel der
363 Umverteilung unter Berücksichtigung eines Schutzes für
364 Betriebsvermögen.
365
- 366 3. Die Abschaffung der pauschalen Besteuerung von
367 Kapitalerträgen und dafür die Einführung der Steuersätze
368 des regulären Einkommensteuertarifes auch für
369 Kapitalerträge unter Beibehaltung des Sparerfreibetrages.
370
- 371 4. Eine internationale Initiative für mehr Transparenz in der
372 internationalen Finanzwirtschaft und für mehr
373 Steuergerechtigkeit, so dass sich weltweit operierende
374 Konzerne keine Schlupflöcher mehr zunutze machen
375 können, die den öffentlichen Haushalten dringend
376 benötigte Mittel vorenthalten und einen unfairen
377 Wettbewerbsvorteil gegenüber kleinen und mittleren
378 Unternehmen darstellen.
- 379 5. Die Einführung eine Finanztransaktionssteuer über
380 möglichst viele Finanzplätze hinweg.
- 381 6. Die Erbschaftssteuer muss novelliert werden und muss
382 ihrer Funktion als Umverteilungsinstrument für
383 leistungslose Einkommen gerecht werden.

384

385